



Politik

Deutschland nach der Wende



SED Soz. Einheitspartei. Dtschld.

Abk. SED, die 1949–1989 herrschende Staatspartei der DDR.

- Die SED verstand sich als »marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse«.
- Die führende Rolle im Staat war seit 1968 in der Verfassung der DDR verankert.
- Parteimitgliedschaft war die Vorbedingung für nahezu jede höhere Karriere.
- Die SED war nach dem Grundsatz des »demokratischen Zentralismus« aufgebaut, d. h., die Parteiorgane waren formal von unten nach oben wählbar, der tatsächliche Entscheidungsweg verlief jedoch von oben nach unten.
- Das formal höchste Organ war der Parteitag, der nach indirekten, von der Führung gesteuerten Wahlen alle 5 Jahre zusammentrat. Er wählte das Zentralkomitee (ZK)), das mindestens zweimal jährlich tagte.
- Das ZK wählte das Politbüro u. das Sekretariat mit dem Generalsekretär des ZK an der Spitze. 1987 hatte die SED 2,3 Mill. Mitglieder u. Kandidaten.

- Die SED wurde am 21./22.4.1946 durch Vereinigung der KPD u. der SPD in der sowjet. Besatzungszone Deutschlands gegründet.
- Der Zusammenschluß erfolgte gegen den Widerstand vieler Sozialdemokraten unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht.
- Alle Leitungsfunktionen wurden paritätisch mit ehem. KPD- u. SPD-Mitgl. besetzt; gleichberechtigte Vors. wurden W. Pieck (KPD) u. O. Grotewohl (SPD).
- In ihrem Gründungsprogramm bekannte sich die SED zu einem demokratischen deutschen Weg zum Sozialismus.
- 1948 verwarf die Parteiführung auf sowjetische Weisung die These vom »bes. dt. Weg« u. begann mit der Umwandlung der SED in eine leninistische Kaderpartei.
- Die parität. Besetzung der Führungsstellen wurde aufgegeben. Bei der Gründung der DDR 1949 hielt die SED bereits alle staatl. Machtpositionen besetzt. Ihre Geschichte war seitdem weitgehend identisch mit der der DDR.
- 1950 wurde das Programm von 1946 für überholt erklärt. W. Ulbricht, schon vorher einflußreich, wurde als Generalsekretär des ZK der maßgebende Parteiführer.
- Er verkündete 1952 den »Aufbau der Grundlagen des Sozialismus«. In mehreren Krisen, bes. 1953 u. 1958, konnte er sich gegen Rivalen in der Parteiführung durchsetzen.
- 1963 erhielt die SED ein neues Programm, das den »umfassenden Aufbau des Sozialismus« proklamierte. Seit 1969 kam es zu Differenzen zwischen

Ulbricht u. der sowjet. Führung, bes. im Hinblick auf die Entspannungspolitik. 1971 mußte er zurücktreten.

- Sein Nachfolger E. Honecker betrieb gegenüber der BR Dtschld. eine Politik der Normalisierung, zugleich aber der Abgrenzung. Diese fand auch Ausdruck im neuen Parteiprogramm von 1976, das keine Hinweise auf die dt. Nation mehr enthielt.
- Es definierte die Gesellschaft der DDR als »entwickelte sozialist. Gesellschaft« u. betonte die enge Verbundenheit der SED mit der KPdSU.
- Zu neuen Spannungen kam es, als die SED-Führung die von M. Gorbatschow seit 1985 in der UdSSR betriebene Reformpolitik zunehmend scharf ablehnte; sie widersetzte sich auch allen Reformbestrebungen im eigenen Land.
- 1989 griffen die revolutionären Veränderungen im Ostblock auf die DDR über, nachdem eine Massenflucht von Bürgern eingesetzt hatte. Es kam zu Protestdemonstrationen gegen das SED-Regime.
- Honecker trat am 18.10.1989 zurück. Eine umgebildete Parteiführung mit E. Krenz als Generalsekretär konnte sich nur kurze Zeit behaupten. Am 3. 12. trat das gesamte ZK zurück.
- Ein Sonderparteitag am 8. u. 16. 12. distanzierte sich von der bisherigen Politik u. Ideologie, verzichtete auf den Führungsanspruch in Staat u. Gesellschaft, wählte einen Vorstand mit G. Gysi als Vors. u. versah den Parteinamen mit dem Zusatz Partei des demokratischen Sozialismus (PDS).
- Hunderttausende von Mitgl. verließen die Partei.

- Seit dem 4.2.1990 nennt sie sich nur noch PDS. Bei den ersten freien Wahlen in der DDR am 18.3.1990 erhielt sie einen Stimmenanteil von 16,3%.
- Bei den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen im gleichen Jahr gewann sie 2,4% der Stimmen u. stellte damit 17 Abgeordnete im Bundestag.
- Als Ursache für den völligen Zusammenbruch der DDR 1989 und die rasche Vereinigung Deutschlands 1990 sind sowohl generelle Strukturdefekte des stalinistischen Systems zu benennen als auch konkret aktuelle Ereignisse.
- Die Diktatur der SED, der hierarchische Aufbau, der Widerspruch von Theorie und Praxis waren gravierende Strukturfehler des DDR-Regimes.
- Der Stalinismus als Gesellschafts- und Herrschaftssystem vermochte Probleme moderner Industriegesellschaften nicht zu lösen.
- Diktatur und Zentralismus bedingten vielmehr das Zurückbleiben, hemmten notwendige Innovationen; Wissenschaft, Technik und Wirtschaft stagnierten.
- Das Fehlen von politischer Demokratie, von Rechtssicherheit und Meinungsfreiheit sowie die Sozialisation einer bevormundeten Bevölkerung verhinderten einen Konsens zwischen Beherrschten und Herrschern und verunsicherte sogar die eigenen Funktionäre.

Destabilisierung durch

1. Stalinistische Strukturen
2. Fixierung der Bevölkerung auf den größeren, reicheren und demokratischen Teilstaat Bundesrepublik Deutschland
3. Engpässen in der Versorgung
4. Bevormundung der Bürger durch Partei und Staat
5. Flächendeckende Ausweitung der Bespitzelung

Führten permanent zu Krisen in der DDR.

- Die „Breschnew-Doktrin“ in der bisher die absolute Vorherrschaft der Sowjetunion festgeschrieben war, die aber ebenso den Bestand der kommunistischen Regime absicherte, hatte Gorbatschow faktisch aufgehoben.
- So konnten Ungarn und Polen mit ihrer Erneuerung beginnen.
- Als erster Faktor für die Umwälzung in der DDR ist daher die Reformpolitik in der Sowjetunion festzuhalten.
- Die Wandlungen unter Gorbatschow und das Ende des Kalten Krieges haben die Wende im Ostblock erst möglich gemacht.

- Damit ergab sich für aus der Öffnung der Grenzen für DDR-Flüchtlinge durch das demokratisierte Ungarn der zweite Faktor der Veränderungen in der DDR.
- Die Flüchtlingswelle förderte einen dritten Faktor, die Revolution im Lande selbst.
- Erstmals seit 1953 gingen in der DDR wieder Menschenmassen protestierend auf die Straße.

Die deutsche Frage und die Westmächte-die 2+4 Gespräche

- Die friedliche Revolution und der Zusammenbruch des SED-Regimes trafen in Europa und in der Welt auf breite Zustimmung.
- Das Recht der Deutschen, sich nach 45 Jahren der Trennung wieder zu vereinen, wurde von niemanden bestritten.
- Aber die sich ankündigende rasche Entwicklung der Vereinigung der beiden Staaten löste aus der geschichtlichen Erinnerung heraus bei einigen Staaten,

aber auch in Israel, Ängste, bei den Weltmächten zwiespältige Reaktionen hervor.

- Die kleineren europäischen Staaten fürchteten, die bereits jetzt bestehende und führende Wirtschaftsmacht Bundesrepublik Deutschland könnte sich nach der Erweiterung auf 78 Millionen Einwohner zu einem alles erdrückenden Wirtschaftskoloß entwickeln.
- Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges erinnerten zudem an die von ihnen gemeinsam übernommene Verantwortung für „Deutschland als Ganzes“ und für den Gesamttraum Berlin.
- Die Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland der NATO und der EG, die DDR dem Warschauer Pakt angehörte, erforderte, daß eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten von den Deutschen nicht im Alleingang vollzogen, sondern nur in enger Abstimmung mit den vier Siegermächten sowie den Nachbarstaaten erreicht wurde.
- Insbesondere gestalteten sich die Verhandlungen mit der Sowjetunion schwierig, die mit Ihrer Zustimmung zur deutschen Einheit die DDR, das westliche Vorfeld ihres Sicherheitsgürtels, aufgab.
- Die im Februar 1990 in Ottawa auf der ersten gemeinsamen Tagung von NATO und Warschauer Pakt vereinbarten sogenannten „Zwei-plus-vier-Konferenzen“, zwischen beiden deutschen Regierungen und den vier Siegermächten, legten die Einordnung des vereinten Deutschland in Europa fest.
- Die Sowjetunion gab erst anläßlich des Treffens zwischen Staatspräsident Gorbatschow und Bundeskanzler Kohl am 16. Juli im Kaukasus endgültig die Zustimmung zum Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO.

- Am 12. September unterzeichneten in Moskau die Außenminister der vier Siegermächte und der beiden deutschen Staaten den Souveränitätsvertrag für das vereinte Deutschland.

Die Garantie der polnischen Westgrenze

- Ängste der polnischen Bevölkerung, ein vereinigtes starkes Deutschland könnte eine Revision der deutsch-polnischen Grenze anstreben.
- Bemerkung einiger Politiker, völkerrechtlich bestehe Deutschland bis zu einem Friedensvertrag noch immer in den Grenzen von 1937.
- DDR 1950 Görlitzer Vertrag
- Bundesrepublik Deutschland 1970 die Oder-Neisse-Linie als westliche Staatsgrenze der VR Polen bezeichnet.
- 21.6.1990 Bundestag und Volkskammer ...bekräftigt....der o.g. Verträge

Die Volkskammerwahl am 18. März 1990

Sabine Bergmann-Pohl als Volkskammer-Präsidentin

Lothar de Maizière als Ministerpräsident

CDU 40,59%

SPD 21,76%

PDS 16,32%

Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion - Der Einigungsvertrag

- Verhandlung mit der demokratisch legitimierten DDR-Regierung
- Umtausch
- Fristenregelung
- Beschluß Beitritt DDR zur Bundesrepublik Deutschland
- Stasi-Akten

Der Souveränitätsvertrag-Die deutsche Einheit

- Unterzeichnung des Vertrages über die völkerrechtliche Regelung der deutschen Einigung.
- Berlin als Hauptstadt.
- Verzicht auf ABC-Waffen
- Reduzierung der Streitkräfte auf 370.000 Mann
- 3.10.1990 von Weizsäcker:“In freier Selbstbestimmung vollenden wir die Einheit und Freiheit Deutschlands. Wir wollen in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen.“

Taten im Zusammenhang mit Ausländern: Mölln 1992, Solingen 1993, Hoyerswerda, 1991

1993 Antiterroraktion mit Pannen Bad Kleien Grams, Seiders CDU und Von Stahl treten zurück. Kanther neuer Nachfolger.

Neuer Bundespräsident Herzog

1991 Golfkrieg-Deutschland zahlt 18 Mrd. Antikriegsstimmung und Zahl der Wehrdienstverweigerer steigt.

Roman Herzog wird Bundespräsident

Jutta Limbach (SPD) wird Bundesverfassungsgerichtspräsidentin

4/1993 Somalia-Einsatz Blauhelme

7/1994 Out of area Urteil

9/1994 Abzug der alliierten Truppen

1992 Maastricht Vertrag-BVG-Urteile

- WWU
- GASP
- Innen- und Rechtspolitik

1994 Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation

Verträge mit dem Osten GUS, PL,...

Pflegeversicherung

Demographischer Wandel

Gleichberechtigungsgesetz, Familiennamensrechtsgesetz, Abtreibungsrecht,
Kinderschutz, ...

Gestaltung und Wartung: Wolfgang Hanagarth